



Horst Hohmann

Bischöfliche Großbaustelle?

Vom 21. bis 24. Februar trafen sich in Rom über 180 Vertreter von Bischofskonferenzen aus aller Welt, um mit dem Papst zusammen über ein Regelwerk für die sogenannte "Aufarbeitung" der in kirchlichen Einrichtungen begangenen Sexualdelikten zu beraten. Das Ergebnis der Tagung lag bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht vor, wird aber sicherlich in der 2/2019 eine Würdigung erfahren.

Vorab seien aber schon mal drei naheliegende Fragen erlaubt.

Erstens: Sind bei diesem für den Hausfrieden in unserer Kirche so wichtigen Thema drei Tage nicht eine unverantwortlich kurze Zeit, um eine angemessen gründliche Debatte zu ermöglichen? Wurden die Delegierten etwa nur zum Abnicken der vom Papst bereits ausformulierten Richtlinien in den Vatikan beordert?

Zweitens: Soll die „Aufarbeitung“ künftig ausschließlich Sache der Bischöfe sein, obwohl doch das gesamte Kirchenvolk durch die Missbrauchskandale in Mitleidenschaft gezogen wurde und eigentlich nicht einzusehen ist, wieso ausgerechnet die Bischöfe, die durch ihre Komplizenschaft mit den Tätern oft die größeren Verbrechen begingen, exklusiv in der Lage sein sollten, „von der Anklagebank aus fromme Ratschläge zu erteilen“?

Drittens: Werden die an der "Aufarbeitung" unmittelbar mitwirkenden Personen die Freiheit besitzen, kontroverse Aspekte des Missbrauchs zur Sprache zu bringen wie etwa den Machtmissbrauch und den gegenüber Abhängigen praktizierten Psychoterror, den Pflichtzölibat sowie ganz allgemein den Umgang der Kirche mit der Sexualität?

Unabhängig von den offiziellen Antworten, die wir vielleicht schon sehr bald auf diese drei Fragen erhalten werden, gilt es festzustellen, dass wir uns ohne ein Minimum an Transparenz bei der fälligen Aufklärungsarbeit einmal mehr nur in die eigenen Taschen lügen und die Opfer erneut tief enttäuschen würden. Müsste es dem Papst und den Bischöfen nicht zu denken geben, dass die staatlichen Ermittlungsbehörden einer ganzen Reihe von Ländern (Chile und Deutschland sind Beispiele aus jüngster Zeit) die Ankündigung „vertrauensvoller Kooperation“ seitens der Kirchenbehörden für windige Versprechen halten und deshalb unangekündigt in diözesanen Verwaltungszentren Razzien durchführen, um sich Beweisunterlagen zu holen, die ihnen vorenthalten wurden.

Dass Papst Franziskus die amerikanischen Bischöfe auf ihrer Herbstvollversammlung in Baltimore sozusagen per Eilpost aufforderte, ihre geplanten „Maßnahmen für den Umgang mit dem Missbrauchskandal“ zurückzustellen und das oben erwähnte Welttreffen der Bischöfe im Vatikan abzuwarten, wird von der Organisation „BishopAccountability“ sowie von Vertretern der Organisation SNAP (Survivors Network of those Abused by Priests) als Versuch des Papstes interpretiert, „nationalen Alleingängen“ einen Riegel vorzuschieben. Die rund 350 amerikanischen Bischöfe hatten beabsichtigt, auf ihrer dreitägigen Versammlung in Baltimore eine unabhängige Laienkommission ins Leben zu rufen, die das Aufklärungsbemühen der Bischöfe fortan kritisch begleiten sollte. Sprecher des Vatikans berichteten von der Sorge des Papstes, die US-Bischöfe könnten die „Verantwortung zur Reform“ anderen übergeben, statt sie selbst zu übernehmen.

Mehr zum Thema, wie oben bereits angekündigt, in der kommenden Ausgabe von „imprimatur“.